

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 69 (1989)
Heft: 12

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief aus Bonn: Aufbruch ohne Gewalt

Do not prophesy, especially not about the future.

Mosaik der Meinungen

Ein Aufbruch ohnegleichen hat sich während der letzten Jahre und Monate *ohne Gewalt* vollzogen. Veränderungen der tiefsten Wirkung ereigneten sich in Osteuropa *im Frieden* vollzogen. Trotz mancher Übergriffe der Polizei und Willkürhandlungen der Behörden, für die gegenwärtig in der DDR Aufklärung und Bestrafung gefordert wird, hat sich nirgends ein Tian'an men ereignet. Der Begriff *revolutionäre Normalität* ist zur Signatur der jüngsten Vorgänge geworden. In mehreren Staaten sind die poststalinistischen Überreste in dramatischem Tempo abgetragen worden. In der *Sowjetunion*, deren ökonomische Reformerfolge mehr denn prekär sind, hat sich Glasnost zunehmend durchgesetzt: immer mehr Bürger nehmen das anfangs vorsichtig zugestandene Recht für sich in Anspruch, öffentlich zu sagen, was ist oder was sie glauben, dass ist, auch wenn es der Führungselite unangenehm ist: In den parlamentarischen Gremien, in den Medien, in offener Rede auf dem Markt. Ebenso das Recht, sich in staatlich nicht-legitimierten Vereinigungen wie Volksfronten zu organisieren. Am Machtmonopol der Partei wird allerdings nicht gerüttelt; es zu tun, wäre, solange keine demokratischen Verhältnisse bestehen, insofern nicht ohne Gefahr, als im Falle eines Scheiterns von Gorbatschow die Partei die einzige zivile Instanz bleibt, die das

Land vor einer Diktatur des Militärs bewahren könnte.

In *Ungarn* hat sich das kommunistische Regime selbst reformiert. Die Einheitspartei hat sich aufgelöst und zu einer sozialdemokratischen Partei westlichen Zuschnitts erklärt; die Volksrepublik Ungarn hat sich symbolträchtig am dreiunddreissigsten Jahrestag des Volksaufstandes von 1956 in «Republik Ungarn» umgetauft; die Grenzen wurden mit dem symbolischen Aufschneiden des Stacheldrahtzaunes geöffnet; eine neue Verfassung soll ein demokratisch-pluralistisches Vielparteien-Regime mit freier Marktwirtschaft auf den Weg bringen; Neutralität zwischen den Blöcken ist das Fernziel, auch wenn gegenwärtig an den Verpflichtungen des Warschauer Pakts festgehalten wird. Wie weit der Reformprozess — nach den überstürzt zurückgenommenen Entscheidungen über die Betriebszellen und die Betriebskampfgruppen — unter Kontrolle gehalten werden kann, bleibt abzuwarten. *Polen*, über dessen Territorium die militärischen Nachschublinien für die Sowjetunion in der DDR führen, hat sich in freien Wahlen — die vom heutigen Staatspräsidenten Jaruzelski damals für illegitim erklärte Solidarnosz-Gewerkschaft hat sie erzwungen — eine Regierung unter einem nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten gegeben. Die Alleinherrschaft

der kommunistischen Einheitspartei gehört der Vergangenheit an.

Geistiger Wandel

Gemeinhin wird Revolution mit Gewalt gleichgesetzt: Bei revolutionären Umwälzungen fließt Blut, rollen Köpfe. Darum misstrauen wir Utopien, die beste Welten und konfliktlose, gerechte, klassenlose Gesellschaften an den Horizont der Zukunft malen und mit Hilfe einmaliger revolutionärer Anstrengungen durchsetzen wollen. Es führt zu Katastrophen. Demokratische Staaten bemühen sich, die unausbleiblichen Meinungs- und Interessenkonflikte durch Kompromisse auszugleichen und überlebte Strukturen allmählich zu modifizieren. Wer die Wandlungen, die sich in der Gesellschaft vollziehen, nicht berücksichtigt, sagte Gorbatschow in Ost-Berlin, den *«straft das Leben»*.

Die Vorgänge in Osteuropa stellen dem Umfang und der Intensität des politischen und gesellschaftlichen Wandels nach trotz friedlicher Verläufe eine Revolution dar. Die Eierschalen der alten Macht- und Eigentumsordnung sind zwar noch überall bemerkbar, aber in allen Schichten der Bevölkerung hat sich das Verlangen durchgesetzt, ohne staatliche Gängelung in Freiheit zu leben, das politische Schicksal und den kleinen Alltag selbst zu bestimmen. Das entscheidende revolutionäre Element ist der Aufbruch, der geistige Wandel, der von allen Seiten ausgehende Impuls, gegen Diktatur und Unterdrückung aufzustehen. Die politische Grundfrage für Ost und West ist, ob sich der Reformprozess kanalisieren und in friedlichen Bahnen halten lässt oder ob er sich zu einer Lawine ausweitet, deren Lauf ihren eigenen gefährli-

chen Gesetzen folgen wird. Gorbatschows Chance besteht darin, dass Ost und West am gleichen Strang ziehen, zur allmählichen, selbstbestimmten und kontrollierten Reform in den einzelnen Ländern beitragen wollen.

Im Augenblick sieht es so aus, als vollzögen sich in Osteuropa — vielleicht im Blick auf die dringlicheren globalen Herausforderungen der Menschheit — friedliche Evolutionen an Stelle gewaltsamer Revolutionen. Gorbatschow nimmt Wandlungen bei den Verbündeten hin, die seine Vorgänger gewaltsam unterbunden hätten. Breschnew hat kurz nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte im Jahre 1975 die DDR gezwungen, der UdSSR das Recht zur Intervention auf ihrem Territorium sogar ohne ihre Zustimmung zuzugestehen, falls *«die Errungenschaften des Sozialismus»* bedroht würden. Die Maxime der heutigen Sowjetregierung lautet nach dem Scherzwort von Schewardnazes Pressesprecher Gerasimow, *«die Breschnew-Doktrin ist tot, wir befolgen jetzt die Sinatra-Doktrin: they can do it their way»*. Sozialismus nach eigenen nationalen Bedürfnissen und in nationaler Souveränität.

Euphorie — wie lange?

Die euphorische Stimmung, die heute als natürliche Folge der so unerwarteten Entwicklung Europa erfasst hat, kann freilich nicht ewig anhalten. Alle drei Länder haben unter schweren wirtschaftlichen Nöten, Schulden, Konsumgütermangel zu leiden. Die Demokratisierungsbestrebungen werden dadurch zum äussersten erschwert, denn Bürger sind Wähler. Hinzu kommt, dass in vielen Kreisen Abrechnungsgelüste wach werden. Man will,

nachdem es jetzt möglich erscheint, diejenigen zur Verantwortung ziehen, die jahrzehntelang dem Unterdrückungsapparat angehört haben und noch zuletzt mit Knüppeln auf friedliche Demonstranten eingeschlagen haben. Zorn hat sich gegen die Privilegierten und Profiteure des alten Regimes, die Nomenklatura, aufgestaut, auch wenn Zugehörigkeit zur Partei in einem Einparteienstaat der normale Aufstiegsweg ist. Diese Politik müsste, wenn radikal durchgeführt, einen gefährlichen Kadermangel zur Folge haben, da in den letzten Jahrzehnten alle Führungskräfte und Fachleute so rekrutiert worden sind; ein konsequenter Verzicht auf ihre Mitarbeit würde also die wirtschaftliche Erholung behindern.

Der Massen-Exodus

In der DDR haben sich die Befreiungs-Vorgänge aus verschiedenen Gründen verzögert. Honeckers überalterte Führungsschicht war der kommunistischen Orthodoxie verhafteter und in ihrem Denken und Handeln unflexibler als die der Nachbarländer. Das zeigten die Glückwünsche von Egon Krenz an die chinesische Führung aus Anlass der blutigen Niederschlagung der Demokratisierungsbewegung der Pekingener Studenten. Die DDR ist geographisch, aber auch politisch der Eckstein des Sowjetblocks, die sensibelste Stelle; Gorbatschow hat vor Überschreitung der roten Grenzlinie gewarnt: *«Der Westen sollte nicht versuchen, aus Wirren im Osten strategische Vorteile zu ziehen»*, d. h. die bestehende Ost-West-Ordnung in Frage zu stellen. Weiter: Deutschland liegt nicht nur an der Grenze der Blöcke, es ist darüberhinaus eine geteilte Nation.

Darum ist die Entwicklung hier konfliktträchtiger als in den anderen Warschauer-Pakt-Staaten. Die anhaltende Massenflucht ist nicht nur durch den Wunsch nach Freiheit, sondern auch durch das Motiv der nationalen Einheit bedingt. Die monatelang anhaltende Abstimmung mit den Füßen vollzieht sich in Richtung der eigenen Landsleute.

Warum flüchten die Ost-Deutschen? Obwohl die DDR doch das Wirtschaftswunderland des Ostblocks ist. Obwohl die Aussiedler zu Hause doch im grossen und ganzen ein komfortables Leben führen konnten. Und obwohl sie gewiss an ihrer Heimat — der Familie, dem Kreis der Freunde, der gewohnten Umgebung — hängen und wissen, welche Schwierigkeiten ihnen im Westen bevorstehen: neue Lebensgewohnheiten, ungewohnte Arbeitsrhythmen, erhöhte Ansprüche an die individuelle Initiative. Dennoch, der Goldene Westen lockt. Die jungen Leute wollen sich mehr leisten können. Wollen ins Ausland reisen. Wollen vorankommen können. Die materiellen Anreize sind nicht zu übersehen. Stimmt, wie viele Zeugnisse bestätigen.

Aber das Gegenteil stimmt auch. In seiner Laudatio auf den Friedenspreisträger Václav Havel sagte André Glucksmann, der blutige Terror, den die Unterworfenen in den kommunistischen Diktaturen zu erleiden hatten, gehöre der Vergangenheit an; das heutige Elend sei weniger materiell als moralischer Natur. Die Bürger wollen freier atmen, wollen sich nicht ständig den Mund verbieten lassen, wollen nicht von Autoritäten indoktriniert werden. Sie fürchten in ihrer bürokratisch reglementierten Welt zu ersticken; sie weigern sich, weiter in einer Luft der Unwahrheit zu leben. Christa Wolf, die

renommierteste Schriftstellerin des Landes, bemerkte, dass in der DDR noch nie solch ein Drang nach öffentlichem Gespräch stattgefunden hat. Hinzu kommt: die Bürger der DDR fühlen sich gedemütigt durch den Umstand, dass sie ausgerechnet von ihren östlichen Nachbarn im Prozess der Demokratisierung überholt worden sind, denen sie sich — nicht nur wirtschaftlich und technologisch — überlegen wussten. Bisher war die Freiheit im Westen, jetzt kam sie von Osten. Deshalb vergleichen sie sich und ihren Lebensstandard auch — dank des allgegenwärtigen Westfernsehens — nicht mit Polen, sondern mit der Bundesrepublik.

Rationierte Freiheit

Nach den Demonstrationen zum vierzigsten Bestehen der DDR hat die Führung der SED in atemberaubendem Tempo die Kehrtwendung unternommen: Sturz Honeckers; Wahl des Staatsoberhauptes erstmals mit Gegenstimmen; Versprechen von Reiseerleichterungen; Amnestie für Flüchtlinge und Demonstranten (womit die Ungleichbehandlung der in den Botschaften der Bundesrepublik aufgenommenen «Republikflüchtlinge», die ungeschoren bleiben, und den in der DDR Verbliebenen beseitigt wird); Verzicht der Ordnungskräfte, bei Demonstrationen einzugreifen, bei denen lautstark freie Wahlen, Pressefreiheit, Demokratisierung gefordert werden; Funktionäre stellen sich öffentlichem Dialog mit Bürgern; ein Angehöriger der SDP, der DDR-Sozialdemokraten, trägt seine Thesen vor der Bundespressekonferenz in Bonn vor, offenbar ohne in der Heimat Repressalien zu befürchten; die Block-

parteien — Ost-CDU und Liberaldemokraten (LDPD) — suchen autonom zu werden und ein eigenes Profil zu gewinnen; die Medien berichten, wenn auch zögerlich, über Äusserungen und Handlungen der Opposition, die sich — taktisch klug — streng an die Losung der Gewaltlosigkeit hält, aber in der Sache ihre Forderungen unnachgiebig verfehlt. Über das Machtmonopol der SED wird nicht gesprochen. «Die sozialistischen Grundlagen stehen nicht zur Disposition», heisst es immer wieder ohne nähere Spezifizierung; gemeint ist damit wohl nur das Herrschaftsmonopol der SED. Die Führung bemüht sich, die Bevölkerung zu beruhigen und für sich zu gewinnen. Das in Jahrzehnten so oft enttäuschte Vertrauen lässt sich aber nicht durch kleine Zugeständnisse erreichen.

Nach dem ersten Einlenken der SED-Spitze wird weiter landesweit auf den Strassen protestiert. Bärbel Bohley, die mutige Repräsentantin des «*Neuen Forums*», sieht in den nach Zehn- und Hunderttausenden zählenden Demonstrationen Basis-Demokratie «*einen Teil meines Traums*», verwirklicht. Die SED-Führung meint hingegen, die Strasse sei nicht das geeignete Territorium für Dialog, Diskussion und Entscheidungsfindung. Ein DDR-Gorbatschow, der mit Autorität eine neue Epoche einleitet, ist vorerst nicht auszumachen. Wer die notwendigen Reformen, die sich von unten aufbauen müssen, durchsetzen soll, ist gegenwärtig nicht erkennbar. Reformen von oben aber schmecken, selbst wenn sie inhaltlich Zustimmung fänden, doch stets nach Gängelung. Die SED wird sich auf Reformen, die ihr Machtmonopol kosten könnten, freiwillig nicht einlassen. In Polen ist eine Massenbewegung in langen Jahren und harten Kämpfen

von unten aufgebaut worden. In der DDR aber gibt es keine Solidarnosz. Es bleibt also die Frage, ob ein Einparteien-Staat überhaupt reformierbar oder grundlegend umzugestalten ist, kurz: gibt es *«ein wenig Freiheit»* in einem autoritären System oder nur eine Demokratie, die ihren Namen verdient? Gegenwärtig stehen den Machthabern nach wie vor alle Machtmittel zur Verfügung, auch wenn sie sie gegenwärtig nicht einsetzen. Misstrauen gegen Machtmissbrauch in diktatorisch regierten Staaten ist immer am Platz. Der Reformprozess in der DDR ist schwieriger als in den anderen Staaten, man braucht nur an die Mauer zu denken, die manche schon wanken sehen. Die Führung setzt auf Zeitgewinn. Sie hofft, durch dosiertes Entgegenkommen die Bevölkerung zu versöhnen, den Reformeifer sich abnützen zu lassen; bei der kommenden schlechten Witterung würden — hofft sie — die Demonstrationen ihren Reiz verlieren. Ob diese Rechnung angesichts der angestauten Spannungen aufgeht?

Der Geburtsfehler

Die DDR vierzig Jahre alt. Das ist geschichtlich gesehen eine kurze Zeit. In kaum mehr als einer Generation wachsen nicht die Wurzeln, wird gesagt, die ein Gemeinwesen in sich gegründet und wind- und wetterfest werden lässt. Das gilt nun nicht nur für die beiden deutschen Staaten, sondern für viele postkoloniale Länder, die zumeist jünger als die DDR sind. Aber nicht darin liegt die Existenzschwierigkeit des ostdeutschen Staates, sondern in seinem Mangel an Legitimität. Die DDR, damals die *«Zone»* genannt, ist eine Schöpfung der sowjetischen Besat-

zungsmacht — wie der westdeutsche Staat unter der Ägide der westlichen Besatzungsmacht gegründet worden ist. Aber die Bundesrepublik Deutschland ist in freien Wahlen vom Volk sanktioniert worden, die DDR nicht. Darin liegt ihr Geburts- und Existenzfehler. Die DDR hat auch während ihrer vierzigjährigen Geschichte nicht die Gelegenheit zur nachträglichen Legitimierung erhalten, was immer zwischenzeitlich — vor allem von westdeutschen Intellektuellen — über den Stolz der DDR-Bürger auf ihre Aufbauleistungen und damit auch auf ihren Staat behauptet worden ist.

Der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim SED-Zentralkomitee, Professor Otto Reinhold, hat über die *«sozialistische Identität der DDR»* gesagt, in dieser Frage gebe es offensichtlich einen prinzipiellen Unterschied zwischen der DDR und den anderen sozialistischen Ländern. *«Sie alle haben bereits vor ihrer sozialistischen Umgestaltung als Staaten bestanden. Ihre Staatlichkeit war daher nicht in erster Linie von der gesellschaftlichen Ordnung abhängig. Anders die DDR. Sie ist nur als antifaschistischer, als sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar. Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürlich keine.»* Das ist ein sonderbares Eingeständnis. Denn natürlich könnte auch die DDR gemäß der klassischen Definition *«la nation est un plébiscite quotidien»* argumentieren, sie entscheide selbst durch ständig erneuerte Willenskundgebung darüber, dass sie ein Land mit eigener Staatlichkeit und nationaler Persönlichkeit ist. Das aber kann sie nicht, weil ihre Bürger es offenbar nicht wollen. Und

darum ist auch eine Österreich-Lösung für die DDR — zwei unabhängige, demokratisch verfasste Staaten — nicht möglich.

Noch einmal: nicht die Geschichtlichkeit, sondern die Legitimität ist das Existenzproblem der DDR. Das zeigt Österreich. 1919 erstrebten die Deutschösterreicher mit Leidenschaft den «Anschluss» an das Reich, den die Entente-Länder in ihrem Unverstand verboten hatten. Im zweiten Weltkrieg haben sie sich dann in hohem Masse mit dem Reich, dessen Teil sie waren, identifiziert. Nach 1945 aber wurde Österreich nicht nur ein selbständiger Staat, sondern eine Nation mit fragloser Identität. Nicht, jedenfalls nicht vorrangig wegen der jahrhundertealten multinationalen Habsburger Geschichte, die schliesslich auch 1919 und 1938 bestand. Sondern, weil seine Bürger Österreicher in ihrem eigenen Staat sein wollen. Das reicht hin. Wir würden das Historische überbewerten, wenn wir allein dadurch nationale Legitimität begründet sähen.

Die DDR hat überdies ihre historischen Wurzeln — ungeachtet der späten Wiederanknüpfungsversuche an Luther, Friedrich den Grossen, sogar Bismarck — bewusst gekappt, als sie schon bei der Gründung ausdrücklich die Rechtsnachfolge des Deutschen Reichs abgelehnt, und damit auch die dazugehörigen Lasten — Wiedergutmachungsleistungen an Israel, an Polen usw. — nicht mit übernommen hat. Indem sie den Sozialismus zum Souveränitätsmerkmal bestimmte, schuf sie sich eine künstliche, abstrakte, der Wurzeln entbehrende Existenz. Das erschwert ihr heute die Identität. Nicht zu Unrecht wurde gesagt, die DDR sei «an ideology in search of a nation».

Westbindung und/oder Wiedervereinigung?

Die jüngste Entwicklung hat bewirkt, dass die deutsche Frage auf der internationalen Tagesordnung steht. Der Gedanke an die Wiedervereinigung nährt ausländische Ängste. Die Franzosen können sich nicht vorstellen, dass eine Nation sich freiwillig teilen lässt. Die zur Schau gestellte nationale Gelassenheit der Deutschen kann ihrer Meinung nach nicht ohne Hintergedanken sein. «Im Namen welchen Rechts», fragte bald nach Beginn der Fluchtbewegung André Fontaine, der Chefredakteur von «Le Monde», «kann man den Deutschen das Selbstbestimmungsrecht verweigern?» Wir leben schliesslich nicht mehr im Zeitalter des Staatskanzlers Metternichs, der Italien als «geographischen Begriff» bezeichnete und von den Deutschen verlangte, die staatliche Einheit auf dem Altar des europäischen Gleichgewichts zu opfern. Auf lange Sicht fürchtet man die Aussicht, dass Moskau die deutsche Karte zieht — Einheit in Neutralität —, auch wenn das gegenwärtig noch nicht aktuell ist. Der alte Widerspruch zwischen Westverbindung und Wiedervereinigung erhält neue Dringlichkeit, was gerade dadurch verdeutlicht wird, dass der Begriff von den deutschen Politikern möglichst vermieden wird. Sie wollen verhindern, dass der Bundesrepublik unzeitgemässe nationale Ansprüche und Ambitionen zugeschrieben werden, die sie nach ihrer Deutung weder hat noch hegt. Die Regierungen beider deutscher Staaten bemühen sich, wie das eilig anberaumte Telefonat Kohl-Krenz gezeigt hat, darum, die unterschiedlichen Rechtsauffassungen im Sinne des Grundlagenvertrages auszuklammern und sich

auf *«business as usual»* festzulegen. Stabilität gilt als erste Priorität. Darüber herrscht in der Bundesrepublik parteienübergreifender Konsensus und Einigkeit zwischen West und Ost. Das aber bringt die Bundesregierung erneut in die zwiespältige, unbehagliche Lage, die SED-Führung zu stützen. Sie stellt sich damit indirekt gegen die eben diese Führung bekämpfende und herausfordernde Opposition. Sie zu stützen, läge jedoch im wohlverstandenen Interesse sowohl des deutschen Patrioten wie eines jeden um Liberalität bemühten Demokraten.

Die westlichen Politiker äussern sich verhalten positiv. Die Bundesrepublik sei vertrauenswürdig, wird immer wieder versichert — zuletzt von Präsident Bush, der erklärte, er habe keinen Anlass, an den Erklärungen des Kanzlers zu zweifeln —, ihre Einbindung in die westlichen Allianzen stehe nicht zur Diskussion. Aber es wird doch für notwendig gehalten, diesbezügliche Befürchtungen zu zerstreuen, die folglich bestehen. Mitterrand umarmt die Bundesrepublik als Teil Europas, weil er durch die osteuropäischen Veränderungen eine Destabilisierung befürchtet. Die Engländer erinnern an die *«unruhigen Deutschen»*, die schon mehrfach Unheil über den Kontinent gebracht haben. Die deutsche *«Mitteleuropa»*-Sehnsucht, die begierig aufgegriffene Formel vom *«gemeinsamen europäischen Haus»*, die häufige Rede von der *«Äquidistanz zwischen den Supermächten»*, die — mittlerweile freilich nachlassende — *«Gorbimania»* und gar die Vorstellung eines *«Vierten Reichs»* aus den beiden nicht notwendig vereinigten deutschen Staaten (*«Bundesstaat Deutschland»*: *Economist*, 28. Oktober 1989) stimmen dennoch nachdenklich. Das Fehlen eines Frie-

densvertrages hat vierzig Jahre lang einen für die Kriegsbündigten akzeptablen *modus vivendi* ermöglicht, die offenen Probleme werden gegenwärtig jedoch um so spürbarer.

Manche Analytiker konstatieren einen spürbaren Widerspruch zwischen der entschiedenen Bejahung des wirtschaftlichen Ausbaus der EG (Binnenmarkt) durch Bonn und der Zurückhaltung gegenüber der politischen oder gar strategischen Einigung der Gemeinschaft. Westdeutschland wird sich ziemlich sicher jedem Versuch einer Vertiefung der EG in Richtung auf eine politische Union, die Ostdeutschland ausschliesst, widersetzen, von Österreich, Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei nicht zu reden, heisst es. Die Interessen der Bundesrepublik zielen auf ein nach Osten hin erweitertes Europa, in dem es seine ökonomische Expansion fortsetzen kann. *«Wenn Russlands vierzigjährige Vorherrschaft über Osteuropa sich abschwächt, wird Deutschland seine Stelle übernehmen. Es wird die Vorherrschaft in Frieden gewinnen, die es in zwei Kriegen nicht erreichen konnte»*, urteilte ein britischer Kommentator. Das ist ohne Misstrauen und ohne Argwohn gesagt. Die Bundesrepublik hat sich in vierzig Jahren als ein grundständiger demokratischer Staat etabliert. Es sei nur normal, dass sie in dem sich bildenden Europa eine herausragende Rolle spielen will. Bezeichnenderweise sind 63% der Franzosen nach einer Umfrage der *«Libération»* damit einverstanden, mit einem wiedervereinigten Deutschland innerhalb der europäischen Gemeinschaft zusammenzuleben. Auf ausländische Ängste, dass die Bundesrepublik nach Osten abdriften könnte, antwortet Bonn: Wir lassen uns nur zu gern noch fester in die westlichen Ord-

nungen einbinden; an uns liegt es nicht, wenn beispielsweise die EG-Währungs- und Wirtschaftsunion noch nicht vollendet ist.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik ist durch die Vorgänge in der DDR erregt und verwirrt. In den deutschen Medien hat die DDR alle anderen Themen in den Hintergrund gedrängt. Die nach Westen strömenden Aussiedler lösen vielfältige Emotionen aus. Es sind Stimmen zu hören, die mit Genugtuung darauf hinweisen, dass nach Jahrzehnten kritischer, sich an der Nazizeit orientierender Einschätzung die Bundesrepublik jetzt als ein Land gesehen wird, in dem zu leben sich Hunderttausende sehnen. Man ist stolz, ein Bürger dieses Staates zu sein. Ältere Mitbürger, die die Nazizeit miterlebt haben, bewundern den Mut der jungen DDR-Bürger, die sich — wenn auch unter sehr andersartigen Verhältnissen — der Obrigkeit widersetzen.

Jeder Bundesbürger empfindet, dass er selber berührt ist. Aber wenn es um praktische Hilfe geht, so äussert sich die Mehrzahl zurückhaltend. Die Deutschen von 1989 sind nicht mehr die von 1945, die sich in der Niederlage und gegenüber der internationalen Ächtung der Deutschen nach Bekanntwerden der KZ-Greuel als Schicksals- und Notgemeinschaft empfanden und — gewiss nicht freudig, oft genug murrend, aber schliesslich widerspruchslos — Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aufnahmen. Demoskopen ermitteln, dass heute mehr als drei Viertel der Westdeutschen nicht bereit sind, Aussiedler in ihrer Wohnung aufzunehmen, zwei Drittel auch nicht in ihrer Zweit- oder Ferienwohnung. Das spricht für die Ehrlichkeit ihrer Aussage. Eine Wohlstandsgemeinschaft, deren Credo individuelles Leistungs- und Gewinnstre-

ben sind, ist auf Caritas und Solidarität nicht programmiert. *«Die Bundesbürger sind, von links bis rechts, fest in ihrer (Sach-)Wertegemeinschaft und in der Verteidigung ihrer fetten Pfründen vereint»* (Süddeutsche Zeitung, 27. Oktober 1989). Eine neue Generation ohne Erfahrungen aus der Weimarer- und Hitler-Zeit, ohne Erinnerung an Zusammenbruch, Währungsreform, Blockade, Luftbrücke und Angst vor einem sowjetischen Überfall tritt den Ereignissen auf ihre eigene Art gegenüber.

Das Meinungsspektrum irisiert. Linke und Grüne möchten den Sozialismus in der DDR bewahren, deshalb warnen sie nicht nur vor «Wiedervereinigungs-Gerede», sondern treten entschieden für die Fortexistenz des zweiten deutschen Staates ein. Flüchtlinge gelten ihnen als «Verräter». Doch Cohn-Bendit erklärt sich als «Antikommunist» und Schily tritt der SPD bei. Der *«Spiegel»* bezeichnet die DDR-Flüchtlinge bereits als «das neue Feindbild» der Linken und Alternativen. Die Republikaner wiederum sind grossenteils fremdenfeindlich nicht nur gegenüber Ausländern, insbesondere Türken, sondern auch gegen Aus- und Übersiedler, die — Nationalgefühl hin oder her — sich als unerwünschte Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt bemerkbar machen.

Abgeschlossen 30. Oktober 1989

Nachbemerkung beim Korrekturlesen 14. November 1989

Die Ereignisse überstürzen sich, die Probleme bleiben. In wenigen Tagen bietet die DDR ein vor allem in der Perspektive tief gewandeltes Bild. Reisefreiheit, Öffnung der Mauer, die Flut

der Besucher, Begrüssungsgeld, Begrüssungsempfänge, Begrüssungskonzerte, Tränen patriotischer Rührung, Nächte spontaner Feste, Champagner auf offenem Markt, Menschenmeere auf dem Ku-Damm. Rücktritt der Regierung Stoph mit peinlichen Selbstanklagen der «Wendehälse» im Stil kommunistischer Selbstkritik. An Ministerpräsident Modrow knüpfen sich Hoffnungen. Ein neuer Volkskammerpräsident wird nach konfrontationsreicher Aussprache gewählt. Die Medien der DDR suchen ein neues Selbstverständnis, offene Kritik wird tagtäglich angstlos geübt. Selbst Bestrafung von Sicherheitsorganen ist zugesagt worden. Aber das Misstrauen schwindet nicht. Die Bürger verdächtigen allenthalben die Staatsführung, mit den beträchtlichen Zugeständnissen die Bevölkerung beschwichtigen und dadurch ihren Vorrang erhalten zu wollen. Denn noch hat sich die Führung auf freie Wahlen, politischen Pluralismus, Aufgabe des Macht-Monopols der SED, Autonomie der Parteien und vor allem eine marktorientierte Wirtschaftspolitik mit freier Preisentwicklung nicht festgelegt.

Nach der Begeisterung des ersten gemeindeutschen Wochenendes entdecken die Ost- wie die Westdeutschen die vor ihnen stehenden Probleme. Dabei rangiert die Wiedervereinigung keineswegs an vorderster Stelle. Das Thema nationale Einheit tritt in den Hintergrund, wird auf die lange Bank geschoben: man sieht unerwünschte aussenpolitische Verwicklungen voraus. Wieder gilt, wie schon Adenauer sagte, *«Freiheit geht vor Einheit»*. In der DDR fürchtet man die Dynamik und das Tempo der Bundesrepublikaner, die «Ellenbogengesellschaft», und rekurriert auf einen romantischen Sozialismus. Ausserdem grassiert die Angst vor dem «Ausverkauf». Die Westdeutschen sehen finanzielle Lasten auf sich zukommen. Bloss keine allzu idealistischen Engagements! Der ungebremste Fortgang der Konjunktur könnte Schaden nehmen. Auf beiden Seiten treten die wirtschaftlichen Fragen in den Mittelpunkt aller Überlegungen. Beiden aber fehlen durchdachte pragmatische Konzepte, wie man der verrotteten DDR-Wirtschaft mit Aussicht auf Erfolg aufhelfen könnte.

Peter Coulmas

Pazifische Koalition?

Europa ist fixiert auf die Vollendung des Binnenmarktprogramms 1992. Vergessen wird dabei oft der Blick in Weltregionen, die in ihrer Dynamik Europa weit voraus sind. Verlassen wir für einmal unser eurozentriertes *«ptolemäisches»* Weltbild in dem sich andere Kontinente um uns als den vermeintlichen Mittelpunkt drehen. Gehen wir

auf eine *«kopernikanische»* Entdeckungsreise, die über die eurasische Scheibe hinausführt. Insbesondere könnte ein Blick in den pazifischen Raum die Augen öffnen. Nicht grundlos gilt der Pazifik als Zukunftsregion, deren Aufstieg als *Megatrend* den Übergang in das nächste Jahrhundert kennzeichnet.

Anlässlich der Verleihung des *Freiheitspreises der Max-Schmidheiny-Stiftung 1989* präsentierte der amerikanische Senator *Bill Bradley* in seiner Dankesrede die Idee einer *pazifischen Koalition* mit Australien, Indonesien, Japan, Kanada, Korea, Mexiko, Thailand und den Vereinigten Staaten als Mitglieder. Wenn auch keine völlig neue Sicht — bietet dieser Vorschlag doch einen Denkanstoss. Inwieweit sind Argumente für das Entstehen einer *pazifischen Koalition* zur Zeit erkennbar? Manche Zeichen deuten auf eine wesentlich verstärkte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ländern des pazifischen Raumes hin. Allerdings ist eine über den Rahmen einer Freihandelszone hinausgehende wirtschaftliche oder gar politische Integration des pazifischen Raumes aus heutiger Sicht *wenig wahrscheinlich*.

Bisherige Erfahrungen

Der Weg zu einer wirtschaftlichen Kooperation der Pazifik-Staaten hat sich in der Vergangenheit als steinig erwiesen. Neben ausgeprägten Einkommensdifferenzen (vgl. Tabelle 1) und grossen Unterschieden in der Produktionsstruktur (vgl. Tabelle 2) finden wir eine politische, sprachliche, kulturelle und eine konfessionelle Vielfalt (Buddhismus, Konfuzianismus, Christentum, Hinduismus, Islam und Shintoismus). Auch belastet die historische Erinnerung das gegenseitige Verhältnis der pazifischen Staaten, insbesondere wird Japans Vormachtstellung misstraut.

Um die langfristigen Entwicklungsvorgänge in dieser Weltregion zu veranschaulichen, sei folgendes Bild gebraucht: Man stelle sich die in einer

Basisindikatoren pro Kopf 1987

<i>Tabelle 1</i>	BIP pro Kopf in \$	WR 1965—87 in %	Index Schweiz = 100
Japan	15 760	4,2	74
Hongkong	8 070	6,2	38
Südkorea	2 690	6,4	13
Singapur	7 940	7,2	37
Taiwan	6 045	—	28
Indonesien	450	4,5	2
Malaysia	1 810	4,1	8
Philippinen	590	1,7	3
Thailand	850	3,9	4
Volksrepublik China	290	5,2	1
USA	18 530	1,5	87
EG	13 203	1,8	62
Schweiz	21 330	1,4	100
Welt	3 010		14

Quelle: World Bank, World Development Report 1989

Produktionsstruktur 1965, 1987 (Beitrag zum BIP in %)

<i>Tabelle 2</i>	Landwirtschaft		Industrie		Dienstleistungen	
	1965	1987	1965	1987	1965	1987
Japan	9	3	43	41	48	57
Hongkong	2	0	40	29	58	70
Südkorea	38	11	25	43	37	46
Singapur	3	1	24	38	74	62
Taiwan	27	6	29	52	44	42
Philippinen	26	24	28	33	46	43
Thailand	32	16	23	35	45	49
Indonesien	56	26	13	33	31	41
Malaysia	28	22	25	38	47	40
Volksrepublik China	39	31	38	49	23	20
USA	3	2	38	30	59	68
EG	7	3	45	36	48	61
Schweiz	7	6	42	37	51	57

Quelle: World Bank, World Development Report 1989

V-Formation fliegenden Wildgänse auf ihrem Zug nach Süden vor.

Leitgans ist *Japan* mit seinen technologisch hochentwickelten Industrien. Das Sozialprodukt dieses Wirtschaftsriesen ohne grosse eigene Rohstoffvorkommen wird nur noch von jenem der USA übertroffen. Pro Kopf hat die japanische Bevölkerung das Niveau der USA schon erreicht. Zusammen mit der Schweiz und den USA gehört Japan zu den wohlhabendsten Ländern der Erde.

Einen Flügelschlag zurück folgen *Taiwan* und *Südkorea* sowie die beiden Stadtstaaten *Hongkong* und *Singapur*. Sie bilden die Gruppe der vier kleinen Drachen — oder «vier Tiger». Diese 4 asiatischen Neuen Industrieländer (NIC = Newly Industrializing Countries) streben nach Anschluss an die Gruppe der klassischen Industrieländer. Grundlage hierzu bilden das reich-

lich vorhandene Kapital, die motivierten Arbeitskräfte und insbesondere die marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftsordnungen mit starker Weltmarktorientierung.

Knapp dahinter versuchen die 4 ASEAN-Schwellenländer *Indonesien*, *Malaysia*, *Philippinen* und *Thailand* mit ihren arbeitsintensiven Industrien Anschluss an die Spitzengänse zu finden. Seit 1967 bilden diese rohstoffreichen Länder mit Singapur die Gemeinschaft südostasiatischer Staaten, ASEAN, welcher auch der aufgrund von Erdölvorkommen wohlhabende Kleinstaat Brunei seit 1984 angehört. Mit einem durchschnittlichen realen Wirtschaftswachstum von 7–8% lagen diese ASEAN-Länder 1989 weltweit an der Spitze.

Obwohl durch politische Turbulenzen geschüttelt, hält auch die *Volksrepublik China* das Tempo des Wild-

gänsezugs. Die politischen Ereignisse des Frühsommers 1989 und der daraus weltweit erlittene Vertrauensverlust haben die chinesische Öffnungspolitik um Jahre zurückgeworfen. Obwohl die grosse China-Euphorie der frühen achtziger Jahre einer realistischeren Beurteilung der Lage gewichen ist, bleiben die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Riesenreiches enorm und sollte die langfristige Rolle Chinas als politische und ökonomische Macht nicht unterschätzt werden.

Ganz zuhinderst und für eine weite Reise kaum fluchtüchtig, spielen die *übrigen sozialistischen Länder Ostasiens* im Rahmen der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen nur eine geringe Rolle. Der Mongolei erwachsen Nachteile aus ihrer Binnenlage. Für Vietnam, Kampuchea, Laos, Nordkorea und Birma sind es politische Vorbehalte, die viele Wirtschaftspartner zu abwartender Haltung motivieren.

Aktuelle Tendenzen

Die Zersplitterung in einzelne Volkswirtschaften macht eine pazifische Koalition bestenfalls zu einer sehr weit entfernten Vision. Ueber ein engeres Zusammengehen als den 1980 von Japan initiierten *«Pacific Economic Cooperation Conferences»* ist der pazifische Raum noch nicht hinausgekommen. Ideen eines Gemeinsamen Marktes oder einer Freihandelszone, etwa nach europäischem Vorbild, sind bis jetzt Illusion geblieben. Selbst in der ASEAN dominieren politische Aspekte, steckt die wirtschaftliche Kooperation noch am Anfang und stehen den gemeinsamen Zielen gegenläufige nationale Interessen entgegen. Die Vision eines südostasiatischen Wirtschaftsverbundes unter Einschluss

Australiens und Neuseelands erhält aber wesentlich mehr Realität, wenn wir uns einige grundsätzliche aktuelle Tendenzen der Weltwirtschaft vor Augen halten:

Erstens bilden seit diesem Jahr die Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada eine Freihandelszone. Eine Annäherung Mexikos zeichnet sich ab.

Zweitens strebt Westeuropa nach der Vollendung des Binnenmarktprogramms bis 1992. Nicht auszuschliessen ist, dass hierbei eine «Festung Europa» entsteht, bei der das Material der innen abgetragenen Mauern dazu dient, die gemeinsame EG-Aussenmauer zu erhöhen.

Drittens ist die Regionalisierung in Nordamerika und Westeuropa für den pazifischen Raum von fundamentaler Bedeutung, soweit damit das Ziel verfolgt wird, Aussenstehenden den Marktzutritt zu erschweren und als Wirtschaftsblock auf dem Parkett der Weltpolitik aus einer Position der Stärke aufzutreten. Für Südostasien könnte dann der Anlass geschaffen sein, sich in einer «pazifischen Festung» zu verschanzen, um so ein Gleichgewicht der Kräfte herzustellen. Anders ausgedrückt sind «local content»-Forderungen, Reziprozität «freiwillige» Exportbeschränkungen — um nur einige Instrumente der nicht-tarifären Handelsbeschränkungen zu nennen — dazu angetan, den wirtschaftlichen Zusammenschluss Südasiens voranzutreiben.

Künftige Möglichkeiten

Anzeichen zu einer verstärkten wirtschaftlichen Kooperation im pazifischen Raum gibt es einige:

Erstens ist 1988 der Warenverkehr innerhalb Südasiens (inkl. Ozea-

nien) wertmässig um rund 30% gewachsen. Dieser Zuwachs ist im Vergleich zum Handel innerhalb Nordamerikas und innerhalb Westeuropas wesentlich grösser und rund 2½ mal stärker ausgefallen. Diese Tendenz ist nicht nur ein Einjahresphänomen, sondern zeigt sich auch in einer längeren Periode für die Jahre 1980–1988 (Quelle: GATT, International Trade). Anfang der neunziger Jahre ist damit zu rechnen, dass der innerasiatische Handel denjenigen zwischen Asien und den USA übertreffen wird.

Zweitens beruht diese Zunahme des intra-südostasiatischen Handels auf dem Anstieg der japanischen Importe aus den 4 NICs. Dank einer stark verbesserten Qualität und der Abwertung der heimischen Währung gegenüber dem Yen wuchs der Wert der aus den 4 NICs nach Japan verkauften Industriegüter zwischen 1985 und 1988 um jährlich 20% (Quelle: GATT, International Trade). Damit sinkt die Abhängigkeit der 4 NICs von der amerikanischen Nachfrage und gewinnt Japan als Absatzmarkt an Gewicht.

Drittens verschiebt sich damit für die 4 NICs die Leitwährung für die Wechselkurspolitik. Galt vorher das Verhältnis zum US-\$ als Stabilitätsziel, heisst es nun, sich auch am Yen zu orientieren. Die südkoreanische und die thailändische Regierung binden heute den Ausenwert ihrer Währungen sowohl an den US-\$ als auch an den Yen.

Viertens erhöht sich als weitere Folge die Bedeutung des Yen als Reservewährung. In den südostasiatischen Ländern (ohne Japan!) werden heute zwischen 10% und 30% der Währungsreserven in Yen gehalten; weltweit macht der Yen nur 7% der Währungsreserven aus (Quelle: BIZ).

Fünftens haben vor allem japanische

und taiwanesischen Investoren ihr Engagement in den Nachbarstaaten erheblich ausgeweitet — Zeichen für die Verlagerung von Standortvorteilen und für die Nutzung von Vorteilen einer verstärkten Arbeitsteilung. 1987 errichteten japanische Firmen in insgesamt 1218 Fällen Niederlassungen im südostasiatischen Raum und investierten dabei 3,6 Milliarden US-Dollar. In Thailand ist Japan vor Taiwan der grösste Investor. Die USA liegen lediglich auf dem dritten Platz (Quelle: *Economist*).

Sechstens geht es dabei vorerst um eine vertikale Arbeitsteilung, bei der eindimensional Rohstoffe, industrielle Halb- und Fertigprodukte geliefert werden. Durch den Kostendruck gezwungen, begannen Japan schon lange, Taiwan und Südkorea seit kürzerem, arbeitsintensive Aktivitäten in Billiglohnländer zu verlegen. Uniden, ein japanischer Elektronikhersteller, verlagerte Teile der Herstellung seiner mobilen Telefonapparate ursprünglich nach Taiwan und Hongkong, dann nach den Philippinen und produziert heute in der Volksrepublik China.

Siebtens tritt aber auch eine horizontale Arbeitsteilung zunehmend in den Vordergrund, mit einem wechselseitigen Handel von einzelnen Produktbestandteilen. So lässt das japanische Konsumgüterunternehmen Hitachi Halbleiter in Malaysia fertigen, die nach Japan exportiert, dort in Videogeräte eingebaut und schliesslich in Singapur verkauft werden. Oder der Autohersteller Mitsubishi, der mit Bestandteilen aus verschiedenen südostasiatischen Ländern in Japan selber die Endmontage erledigt, um dann das Auto in ganz Südostasien zu verkaufen.

Achtens drängen vor allem die japanischen Entscheidungsträger auf eine

stärkere wirtschaftliche Integration im pazifischen Raum. Sie haben erkannt, dass die Vormachtstellung Japans im südostasiatischen Raum primär und praktisch ausschliesslich wirtschaftlichen Ursprungs ist. Der wirtschaftliche Führungsanspruch Japans lässt sich innerhalb einer stabilen und offenen Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern des pazifischen Raumes leichter über die engen Grenzen des Inselstaates hinaustragen.

Neuntens hat Japan verschiedentlich versucht, im südpazifischen Raum die Wirtschaftszusammenarbeit zu intensivieren. So strebte 1960 der erste Versuch der japanischen Regierung zur regionalen Integration erfolglos danach, mit Australien und Neuseeland (unter Einbezug der USA und Kanadas) eine pazifische Freihandelszone zu schaffen als Gegengewicht zur eben entstandenen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Seit Australien und Neuseeland beschlossen haben, bereits ab Juli 1990 eine Freihandelszone zu schaffen, steigt für Japan das Interesse, in diese Freihandelszone einbezogen zu werden.

Zehntens darf unter langfristigen Aspekten angesichts der beeindruckenden wirtschaftlichen Reformen auch ein Einbezug der Sowjetunion in den pazifischen Raum nicht völlig vernachlässigt bleiben. Unter der Führung von Gorbatschew bemüht sich die Sowjetunion um eine wirtschaftliche Entwicklung seiner rohstoffreichen Ostgebiete und würde dazu gerne die in dieser Region dominierende Wirtschaftsmacht Japan als Kapitalgeber einspannen. Damit erfährt das von japanischer Seite immer wieder gezeigte und in den letzten Jahren verstärkte Interesse an einem engeren Zusammengehen mit der Sowjetunion zur Erschliessung

Sibiriens und Sachalins eine Wiederbelebung. Im April 1989 hat Japan erstmals eine Handelsmission im sibirischen Irkutsk eröffnet.

Elftens wird sich die Entspannung zwischen der Sowjetunion und China günstig auf die Wirtschaftsbeziehungen im nordpazifischen Raum auswirken. Der Warenaustausch im direkten Grenzverkehr zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China erreichte 1987 einen Wert von 3 Milliarden Schweizer Franken und hat im letzten Jahr auf rund 4 Milliarden Schweizer Franken zugenommen (bemerkenswerterweise erfolgt die Verrechnung des sowjetisch-chinesischen Warenverkehrs in unserer Währung). Allerdings basieren die meisten Geschäfte noch auf dem Tausch «Ware gegen Ware». Die Sowjetunion liefert Stahl, Bauholz und spezielle Industriegüter, vor allem Fahr- und Flugzeuge, und erhält im Gegenzug chinesische Agrarprodukte und Textilien. Ende Juli 1989 haben sowjetische und chinesische Regierungsvertreter eine langfristige Wirtschaftskooperation vereinbart. Diese sieht vor, bis ins Jahr 2000 laufende Projekte in den Bereichen Atomenergie, öffentlicher Verkehr, Kohle-, Holz- und Metallindustrie zu realisieren. Im weiteren wird geplant, sowjetische Rohstoffe in China weiterzuverarbeiten und anschliessend in die Sowjetunion zu reexportieren. Ferner sind in den Grenzgebieten gemeinsame Wirtschaftszonen beabsichtigt und sollen chinesische Arbeitskräfte im fernen Osten der Sowjetunion eingesetzt werden.

Zwölftens ist auch die längerfristige Option einer chinesisch-japanischen Wirtschaftszusammenarbeit nicht zu unterschätzen. Sie dürfte zwar noch grosse Realisierungsprobleme verur-

sachen. Sollten diese Schwierigkeiten jedoch — zumindest teilweise — überwunden werden, öffnen sich für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gewaltige Perspektiven. Für beide Volkswirtschaften bildet das andere Land eine ideale Ergänzung: Die ressourcen- und arbeitskräftereiche Volksrepublik China könnte japanisches Kapital und Know-how zur Modernisierung ihrer Industrie brauchen. Für die japanische Wirtschaft sind die Rohstoffe und die billigen Arbeitskräfte interessant.

Noch ist eine enge wirtschaftliche Integration der südostasiatischen Länder eher Vision denn Wirklichkeit und kann — wenn überhaupt — nur in kleinen Schritten Realität werden. Grosse Sprünge sind nicht zu erwarten. Anzufangen wäre mit einer sachbezogenen, projektorientierten Zusammenarbeit, die einen geringen institutionellen Rahmen erfordert. Erfolge versprechen Projekte im Bereich der Energiegewinnung, der Transport- und (Tele-) Kommunikationssysteme, der Forschung und Beratung sowie der Aus-

und Fortbildung. Neben dieser auf machbare Projekte ausgerichteten Zusammenarbeit lassen sich auch Handelshemmnisse relativ rasch abbauen und die Binnenmärkte für Produkte aus Partnerländern öffnen.

Im pazifischen Raum eine wirtschaftliche oder gar politische Integration zu erwarten, die über eine lockere Bindung im Rahmen einer Freihandelszone hinausgeht, ist aus heutiger Sicht wenig sinnvoll. Droht «EG 92» jedoch, Westeuropa zu einer Festung auszubauen, könnte für Südostasien der Anlass geschaffen sein, den Integrationsprozess beschleunigt voranzutreiben. Neben den Wirtschaftsgemeinschaften «EG», «Nordamerika» würde mit einem «Yen-Block» ein drittes globales Machtzentrum entstehen. Ein Szenario, das für die kleine, weltmarkverflochtene Schweizer Volkswirtschaft dann wenig verheissungsvoll ist, wenn diese Entwicklung den Erfolg des multilateralen Freihandelssystems gefährdet.

Thomas Straubhaar

Abtasten

Zur Eröffnung der Spielzeit 1989/90 im Schauspielhaus Zürich

Die Kulturgeschichte schreibt der Stadt Zwingli andere Tugenden zu als ausgerechnet eine besondere Lust am Theater. Die Bürgerschaft und ihre geistlichen Hirten hielten sehr auf Zucht und Sitte, die sie durch die luxuriöse Ausschweifung von Schauspielen gefährdet sahen, ganz abgesehen von der Verschwendung, die damit verbunden war. Vielleicht hat das bis ins neun-

zehnte Jahrhundert nachgewirkt und ist unterschwellig selbst in der Gegenwart noch spürbar. Die grosse Zeit des Schauspielhauses am Pfauen in den dreissiger Jahren und während des Krieges ist ein Geschenk der Arglist der Zeit, eine Leistung der Vertriebenen und Verfolgten, die in Zürich Zuflucht suchten. Wir wollen nicht übersehen, dass sie hier Bundesgenossen fanden

und ein Publikum, das sie trug. Es wäre die Wahrheit verfälscht, wenn man immer nur vom Misstrauen und von der Anfechtung, von der ungesicherten Existenz der Emigranten spräche, die sich in Zürich zu einem einzigartigen Ensemble zusammenfanden und Theater spielten, das mithalf, die gefährvolle und drückende Zeit zu überstehen. In Zürich und seiner weiteren Umgebung hatten sie auch verlässliche Freunde, und Kollegen aus der Schweiz hatten sie auch, Mitverschworene im Zeichen eines lebendigen Theaters des Widerstandes, wie es Oskar Wälterlin und Kurt Hirschfeld verstanden. Nur weiss man nicht recht, ob diese Aera das Theaterklima in Zürich nachhaltig verändert habe.

Achim Benning, der seit Beginn dieser Spielzeit das Schauspielhaus leitet, muss da erst noch seine Erfahrungen machen. Es scheint, genau darauf habe er die ersten Inszenierungen ausgerichtet: dass sie, nach Art und Gewicht höchst verschieden, Publikum und Kritik abtasten und auf einem Feld, das vom modernen Klassiker bis zur leichten Farce aus der Belle Epoque und vom Märchenspiel für Kinder und Erwachsene bis zum politisch engagierten Zeitstück Aufschlüsse erlauben darüber, wie man es denn heute in Zürich mit dem Theater halte. Selbst wenn da nun Konzepte aus der Zeit seines Wirkens in Wien herübergenommen wurden, kann man dem Direktor und seinem gesamten Ensemble zumindest nicht den Respekt versagen vor der imponierenden Arbeitsleistung, die hinter der breitgefächerten Spielzeiteröffnung steht. Auf der grossen Bühne wechseln sich so personenreiche Stücke wie *«Professor Bernhadi»* von Arthur Schnitzler und *«Die Physiker»* von Friedrich Dürrenmatt (aus der letzten

Spielzeit übernommen) ab, und ausserdem gibt es da den *«Klotz am Bein»* von Georges Feydeau und die Uraufführung des *«Palavers»* von Max Frisch: *«Jonas und sein Veteran»*, wie man den Buchtitel *«Schweiz ohne Armee?»* für den Theaterzettel abgeändert hat. Eine eigene schweizerdeutsche Fassung des Märchenspiels *«Die verzauberten Brüder»* von Jewgeni Schwarz, die Hansjörg Schneider geschrieben hat, soll neben den erwachsenen auch die künftigen Besucher des Schauspielhauses ansprechen, die Kinder nämlich. Im Keller wurde das neue Stück von Václav Havel, *«Sanierung»*, uraufgeführt. Ausserdem hatte eine «nationale Tragödie» von Jürg Amman mit dem Titel *«Der Rücktritt»* als Lesung mit verteilten Rollen Premiere, gedacht als Eröffnung eines Autorenforums, auf dem künftig auch dramatische Werke vorgestellt werden sollen, die auf eine Inszenierung warten.

Dieses reichhaltige Angebot, in der kurzen Zeit von Ende September bis anfangs November realisiert, ist — einmal abgesehen von aller kritischen Wertung — ein grosses Stück Arbeit. Man hat sich auf breiter Front ins Zeug gelegt und die Kräfte mobilisiert, die im verstärkten Zürcher Ensemble vorhanden sind. Und was den Erfolg betrifft, womit hier nicht einfach lobende Kritik gemeint ist, sondern das Echo, die Zustimmung und das Interesse des Publikums, darf man den Neubeginn am Schauspielhaus für geglückt erklären. *«Die Physiker»*, Bennings Inszenierung noch unter der Direktion von Gerd Heinz, haben schon in der vergangenen Spielzeit zu überzeugen vermocht, wenn auch gesagt werden muss, dass das Stück Patina angesetzt hat, die weder von der Regie noch von den Schauspielern unsichtbar gemacht wer-

den kann. Dass Achim Benning ein Werk mit zahlreichen Protagonisten, zudem ein Diskutierstück, bei dem die dramatische Handlung in Rede und Gegenrede, im Kampf der Argumente und in den Finten der Anspielung, der geschmeidigen Eloquenz liegt, spannungsreich und mit Übersicht zu organisieren weiss, hat er mit der Inszenierung von *«Professor Bernhardi»* bewiesen. Um Martin Benrath, den souveränen Darsteller der Titelrolle, gruppieren sich die schauspielerisch ergiebigen Porträtstudien, die Schnitzlers Drama in grosser Zahl anbietet. Bei Feydeau wiederum ist es gelungen, Spielfreude und Tempo zu entfesseln, die nötig sind, um die grotesken Konsequenzen aus einer etwas unwahrscheinlichen Prämisse wie eine gut geölte Maschine abschnurren zu lassen. Dass die deutsche Version dabei niemals den Effekt eines französischen Pointenfeuerwerks erreichen wird, kann man den Schauspielerinnen und Schauspielern nicht ankreiden, eher schon ihre Neigung, fehlenden Spielwitz durch lautes Anschreien zu kaschieren. Der dritte Akt dieser Komödie funktioniert nicht mehr so recht.

*

War denn nun also auch Max Frischs *«Palaver»* auf der Bühne ein Erfolg? Man hat das Alterswerk mit dem Argument in den Spielplan aufgenommen, wenn ein prominenter und verdienter Dramatiker nach langem Schweigen einen Text fürs Theater anbiete, könne die Bühne, und nun schon gar das Schauspielhaus, nicht Nein sagen. Damit rechtfertigte sich Achim Benning an einer eigens für die Uraufführung von *«Jonas und sein Veteran»* anberaumten Pressekonferenz, die ich im Zusammenhang mit Frischs Zwiege-

spräch am Kaminfeuer als die stärkere Inszenierung bezeichnen möchte als das, was man dann an der Aufführung selbst zu sehen bekam. Nicht nur die Besetzung dieser Pressekonferenz war beachtlich: neben dem Direktor der Regisseur Benno Besson und der Direktor des Théâtre de Vidy in Lausanne, Matthias Langhoff, der eine französische Version des Dialogs in gleicher Regie und als Koproduktion mit dem Schauspielhaus anbietet. Eine starke Inszenierung nenne ich diesen Anlass, weil die Beteiligten wahre Kunststücke der Beredsamkeit vollbrachten, um den anwesenden Journalisten weiszumachen, das *«Palaver»* sei ein eminent dramatischer Text, der — ganz neuartig! — nicht äussere Handlung, sondern hochdramatische Denkprozesse ins Spiel bringe. Insbesondere Besson, der sich ja tatsächlich zur Belebung der zähflüssigen Konversation zwischen Grossvater und Enkel für seine Inszenierung einfallen lassen musste, Frischs *«Anmerkungen»* zur Buchausgabe durch einen Souffleur vorlesen zu lassen, um ein wenig mehr Abwechslung auf die Bühne zu bringen, als der Jeninser und der rauchende Kamin erlauben, — ausgerechnet Besson überbot sich in begeisterten Wortkaskaden über die Bühnenqualitäten des Textes. Ich kann mir schlicht nicht vorstellen, dass er und Achim Benning im Ernst geglaubt haben, auch nur ein einziger der anwesenden Theaterkritiker lasse sich von dergleichen Behauptungen überzeugen, weil ja doch jeder auf seine Erfahrungen im Theater selbst abstellen muss und ihm Beteuerungen der erwähnten Art höchstens verdächtig vorkommen müssen. Aber ein Schauspiel war diese Pressekonferenz ganz gewiss, eines von hohen Graden, etwa auch, wenn Benning es für

selbstverständlich erklärte, dass man Frischs «Palaver» aufführe, und dass es vollkommen verfehlt wäre, sich deswegen etwa gar als Held zu fühlen.

Da kann man ihm nur zustimmen, sowohl was die Selbstverständlichkeit der Übernahme in den Spielplan betrifft wie die Verfehltheit der Vorstellung, es sei dazu Mut nötig. Aber falsch war, wie die Aufführung inzwischen gezeigt hat, diesen Text auf der grossen Bühne zu inszenieren. Schon das Bühnenbild macht die Misere deutlich. Man musste ein Alpenpanorama malen und eine putzige Hütte, ein Knusperhäuschen mit Kaminfeuer in den leeren Raum stellen. Da ist — mit Alpenglühen und Almöhi-Idylle — eine kabarettistische Wirkung weit eher als eine der offenen Auseinandersetzung dienende Nüchternheit angestrebt. Und da Marcus Kaloff, der Darsteller des Jonas, nicht den unbefangenen, von den Ressentiments des Grossvaters freien jungen Mann spielt, der seine eigenen Gedanken, auch seine Freiheit gegenüber den kuriosen Fixiertheiten des Veterans ins Spiel bringen könnte, wirkt das Ganze wie eine Schulfunksendung, bei der ein tumber Jüngling («Grossvater, ist's wahr?») doch recht unzuverlässig über Zeitgeschichte informiert wird. Im Keller, denke ich, und in einem kaum angedeuteten Interieur, wäre die szenische Realisation dieses im Grunde gar nicht für die Bühne geschriebenen Dialogs nicht nur besser am Platz gewesen, er hätte da auch eine offenere, dem Gedankenexperiment, dem Frage- und Antwortspiel gemässere Atmosphäre gefunden. Nicht zuletzt auch wäre wahrscheinlich der Grossvater Jürgen Czieslas in der Intimität des Kellers besser zur Geltung gekommen. Der Text des «Palavers» ist kunstvoll gefügt, aber er funktioniert

nur, wenn zwei gleichberechtigte Partner, das heisst Gesprächspartner mit gleichberechtigten Vorurteilen, miteinander reden. Dass der Alte dem Jungen seine Vorurteile und fixen Ideen als Erkenntnis vermittelt, ist unglaublich. Der Enkel darf den Veteran bei aller Verehrung nicht ganz so ernst nehmen. Man muss annehmen, Besson und Benning haben Max Frisch zu ernst genommen und damit die ohnehin nicht übermässig vorhandenen dramaturgischen Qualitäten des «Palavers» verscherzt.

Als Auftakt für das neu gegründete «Autorenforum» wäre eine so prominente Uraufführung höchst fruchtbar gewesen, ein Ansporn für unsere jüngeren Autoren und Dramatiker — fruchtbarer jedenfalls als Jürg Ammans «nationale Tragödie» über den Rücktritt einer Bundesrätin, eine zwar nicht ungeschickt gemachte Farce, dem Kalauer nicht abgeneigt, im ganzen jedoch überflüssig, weil verspätet. Das Autorenforum scheint mir dennoch vielversprechend. Gedacht ist da auch an einen Zyklus von Reden über Probleme des zeitgenössischen Theaters, wobei Auftritte von Christoph Hein, Klaus Pohl, Peter Turrini und Adolf Muschg vorgesehen sind.

*

Dass es im übrigen — und nicht nur in Zürich — aus den verschiedensten Gründen nicht mehr ganz leicht ist, dem Theater eine Funktion zu bewahren, die es legitimerweise haben müsste, aber durch unklugen Gebrauch zu oft schon verscherzt hat, zeigte meiner Meinung nach auch die verdienstvolle Uraufführung des neuen Stücks von Václav Havel, das durch die Kritik vorwiegend negativ oder missvergnügt aufgenommen wurde. Havel, soeben ausgezeichnet mit dem Friedenspreis des

Deutschen Buchhandels, zu dessen Entgegennahme er freilich die Ausreisegenehmigung nicht erhielt, hat in «*Sanierung*» eine Parabel geschrieben, in welcher von Architektur und baulicher Sanierung gesprochen wird, in Wirklichkeit aber die von oben verordnete Façon gemeint ist, nach der die Menschen glücklich sein sollen. Das Architektenteam, das im Schloss über dem mittelalterlichen Städtchen Quartier bezogen hat, muss nach dem Willen der anonymen Machthaber die alten Häuschen niederreißen und funktionelle Wohnzeilen errichten. Die Bürger, die sich in einer Petition dagegen wehren, weil sie durch die Sanierung entwurzelt werden, schmeisst man kurzerhand in den Turm. Es kann kein Zweifel sein, was da gemeint ist; doch sei zugegeben, dass die Inszenierung zwischen dem, was da konstruiertes Modell ist, und der realistisch angelegten Szenenfolge den angemessenen Stil, den Ton und die Art der Darstellung nicht immer genau getroffen hat. Aber die Kritik, meiner Meinung nach, war im Unrecht, deswegen nicht nur die Inszenierung (die in ihrer Art übrigens auch Vorzüge und hervorragende Schauspieler hat), sondern das Stück selbst für eher schwach zu halten. Denn dass da nicht vordergründig und hauptsächlich die Liebesverwirrung einer nicht mehr ganz jungen Frau in der Begegnung mit einem jungen Architekten, der voller Zukunftshoffnung, begeistert und ehrlich sein Bestes im Leben und im Beruf geben will, sondern der Kampf zwischen ängstlicher Taktik, Selbstverrat, Opportunismus und zynisch vollzogener Anpassung auf der einen und innerer Wahrhaftigkeit auf der anderen Seite Havels Thema ist, über das er nicht nur schreibt, sondern das er auch lebt, das rückt diese Parabel

und ihre Inszenierung im Keller an die Seite denkwürdiger Aufführungen, die im Schauspielhaus vor einem halben Jahrhundert stattfanden.

Es ist viel zu früh, eine Bilanz zu ziehen. Das Echo in der Presse war kontrovers eigentlich bei allen Produktionen, die ich erwähnt habe. Da gibt es Stimmen, die einmal mehr monieren, bei Schnitzler oder gar bei Frisch sei «zu wenig Biss» drin gewesen, und dass einige Kritiker mit Václav Havels Parabeln (nicht nur mit «*Sanierung*») ihre Mühe haben, ist so schwer auch nicht zu verstehen, weil sie natürlich befürchten, das bürgerliche Publikum lese aus ihnen nichts weiter als satte Selbstbestätigung. Keine Kritik ist mir zu Gesicht gekommen, die Frischs «Palaver» einen vollblütigen Text für die Bühne genannt hätte; selbst der Kollege, der in einer deutschen Zeitung (die zwei Kritiken, Lob und Verriss, nebeneinander publizierte) zu einer fast leidenschaftlichen Apologie ansetzte, muss sich zu dem Satz bekennen: «*Die theatralische Qualität des Stücks ist sicher bescheiden.*» Vielleicht war der nicht an der Pressekonferenz, an der diese Qualitäten so über alles gepriesen wurden... Und was den «Biss» betrifft, so frage ich mich, wer denn da wen eigentlich beißen müsste. Die Theaterbesucher sind ja nicht vorwiegend Masochisten, die ins Schauspiel gehen, um sich beißen zu lassen. Aber das sind halt so Stereotypen, trotzige Fortsetzungen einer schon historisch gewordenen Polemik. Doch kritische Gespräche und die kontroverse Rezeption dessen, was das Theater produziert, sind allemal der Einstimmigkeit vorzuziehen. Auch in dieser Hinsicht also ist die Eröffnung der Spielzeit 1989/90 geglückt.

Anton Krättli